



Besitzen statt besetzen

Der Siedlungsgürtel rund um Dakar weitet sich unkontrolliert aus. Immer mehr Menschen ziehen in die neuen Satellitenstädte am Rand der senegalesischen Hauptstadt und nehmen die wenigen noch freien Flächen illegal in Beschlag. Eine Stiftung will Ordnung in das Chaos bringen.

Thomas Vesper | Text und Fotos

Das Markttreiben zwischen den halbfertigen Wohnhäusern in der Stadt Pikine erreicht mittags seinen Höhepunkt. Hunderte farbenfroher gekleideter Frauen hocken schwatzend und lachend vor Bergen von Hirse, Räucherfischen und Gemüse. Langgezogene Pfeiföne bringen plötzlich Bewegung in die Szene. Marktfrauen tragen ihre Verkaufsstände weg. Darunter kommen die Geleise der Vorortbahn zum Vorschein. Der Zug fährt im Schritt-Tempo vorbei. Kurz darauf stellen die Frauen ihre Holzstände und Waren wieder auf die Eisenbahntrasse. Freie Flächen sind knapp in der Siedlung.

Mit fast einer Million Einwohnern gehört Pikine zu den am schnellsten wachsenden Siedlungen im Gebiet um die senegalesische Hauptstadt. Bis 2015 rechnen die Behörden mit einer Bevölkerungszunahme um 6,7 Prozent. Schon heute leben 30

Prozent der rund zehn Millionen Senegalesen im Großraum Dakar. Tag für Tag erstickt die Hauptstadt nach 16 Uhr in den Abgaschwaden der Autofahrer, die zwei Stunden benötigen, um eine Distanz von 20 Kilometern zurückzulegen. Als die Siedlung 1952 gegründet wurde, erstreckte sich rundherum nur leeres Gelände. Dort wollte die Kolonialverwaltung eine begrenzte Zahl von Bewohnern städtischer Slumgebiete ansiedeln. Sehr schnell setzte ein unkontrollierter Zuzug weiterer Bewohner ein, aus der Hauptstadt und dem übrigen Land.

Mittlerweile ist die Stadtentwicklung aus dem Ruder gelaufen. Pikine zieht immer mehr Menschen an. Rund die Hälfte der Bevölkerung im Großraum Dakar lebt bereits in spontan errichteten Siedlungen. Der topographischen Lage auf einer Halbinsel wegen kann die Hauptstadt nicht mehr in die Breite

▷ wachsen. Jahr für Jahr reißt der stürmische Atlantik Landstücke aus den Uferzonen heraus. Bauflächen werden immer knapper.

Neu Zuziehende können sich Grundstücke für ihre Unterkünfte nicht leisten. Die Menschen nehmen daher noch freie Flächen in Beschlag und beginnen mit dem Bau. Diese Entwicklung hat während der vergangenen Jahre in ganz Afrika stark zugenommen.

Die Männer verdingen sich meist als Tagelöhner in den Fabriken der Hauptstadt, ihre Frauen ergänzen die kargen Einkünfte durch den Erlös aus dem Marktverkauf. Bis die aus Steinen und Zement errichteten Häuser fertig sind, können manchmal Jahre vergehen. Bleiben die Löhne aus, ruhen auch die Baustellen. Im schlimmsten Fall müssen sie aufgegeben werden. Davon zeugen auch in Pikine etliche, schon von Pflanzen überzogene Bauruinen.

Kaum jemand kann offiziell Anspruch auf sein besetztes, nicht parzelliertes Gelände erheben. Fast das gesamte Gelände auf dem Gebiet der Spontanansiedlungen gehört dem Staat. In den Katasterbüchern sind diese Siedlungen offiziell nicht als Wohngebiete ausgewiesen. Folglich gibt es dort nur selten Zufahrtsstraßen. Eine Infrastruktur für Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung gibt es nicht. Kaum zehn Prozent der Haus-



halte haben fließendes Wasser. Behelfsmäßige Toiletten mit Sickergruben dienen der Entsorgung des Größten. Das Spülwasser wird vor die Haustür gekippt. Während der Regenzeit stehen ganze Wohnviertel unter Hochwasser, denn auch Schutzdämme gibt es nicht.

Verschmutzte Brunnen

Nach Angaben der öffentlichen Gesellschaft für Wasserversorgung SONES sind 80 Prozent der öffentlichen Brunnen verschmutzt. Die Folge: Gerade in den städtischen Spontanansiedlungen leiden die Menschen unter Krankheiten, vor allem Kinderkrankheiten und sogar Cholera. Schulen sind in aller Regel kläglich ausgestattet. Von einem funktionierenden Gesundheitswesen kann nicht die Rede sein.

Nachts sind die kaum beleuchteten Quartiere unsicher. Kein Polizist würde sich dort hinein trauen.

An der Spitze jedes spontan errichteten Wohnviertels steht nach ländlichem Vorbild ein Chef. Sein Einfluss ist längst nicht mehr unumstritten. Die Bewohner sind Zielscheibe unterschiedlichster konkurrierender Einflüsse. Städtisches Überleben findet im Spannungsfeld zwischen traditionellen Ordnungsmustern, ethnischen Zugehörigkeiten, wachsender Einflussnahme islamischer Sekten und parteipolitischer Interessen statt.

Früher ordneten die Behörden ab und zu den Einsatz von Gendarmen an. Sie vertrieb die Leute aus ihren Unterkünften, die von Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht wurden. Wie sinnlos die rabiate Vorgehensweise war, bewies die Tatsache, dass die Grundstücke nach kürzester Zeit wieder besetzt waren.

Prävention und Sanierung

Staatspräsident Wade, der nach den letzten Wahlen seinen langjährigen Vorgänger Diouf ablöste, versprach einen grundsätzlichen Wandel. Wade erhob die Prävention und Sanierung von Spontanansiedlungen im Gebiet der Hauptstadt zur Priorität und ließ ein nationales Programm zur Vorbeugung, Sanierung und Legalisierung illegal errichteter

Siedlungen erarbeiten. Als Partner gewann das Staatsoberhaupt die GTZ, die im Auftrag des BMZ und in Kooperation mit der KfW zunächst in einem kleinen Teil Pikines tätig wurde und sich jetzt anschickt, das Modell mit ihren einheimischen Partnern flächendeckend auf das gesamte Gebiet zu übertragen.

Von allen Vorschlägen der GTZ hatten sich die senegalesischen Partner für die ungewöhnlichste Variante entschieden. Erstmals in einer afrikanischen Großstadt sollte eine gemeinnützige Stiftung die Sanierung und den Zugang zu Wohnraum steuern und sichern. Die Höhe des überwiegend staatlichen Stiftungskapitals für die Fondation Droit à la Ville (FDV) wurde auf umgerechnet 1,4 Millionen Euro festgesetzt. Als privatrechtliche Stiftung wurde die FDV der Aufsicht zweier Ministerien unterstellt.

Genießt der Begriff „Stiftung“ in Deutschland einen guten Ruf, so erweckt er bei der Bevölkerungsmehrheit in Afrika hingegen tendenziell Misstrauen. Einheimischen Stiftungsgründern werden letztlich überwiegend egoistische Beweggründe unterstellt, zudem fehlt im Senegal eine Stiftungstradition. Kaum eine der schon vor Jahren ins Leben gerufenen Einrichtungen konnte bisher ihre Arbeit aufnehmen, da sie finanziell auf dem

Legaler Wohnraum für Arme

Die Lage: Unkontrolliertes Städtewachstum stellt den Senegal vor große Probleme.

Das Ziel: Städte beugen Spontanansiedlungen vor und legalisieren und sanieren Wohnraum.

Das Konzept: Die GTZ und die KfW fördern gemeinsam eine innovative Politik zur legalen Wohnraumbeschaffung.

Die Partner: Die Stiftung Fondation Droit à la Ville, die Stadt Pikine und andere städtische Gemeinden, das Ministerium für Städtebau, der Sanierungsfonds FORREF und Selbsthilfegruppen.

Die Kosten: Das BMZ unterstützt die Technische und Finanzielle Zusammenarbeit in Spontanansiedlungen mit 3,6 Millionen Euro beziehungsweise 5,1 Millionen Euro.

Von allen Vorschlägen der GTZ entschieden sich die senegalesischen Partner für die ungewöhnlichste Variante: Erstmals in einer

Trockenen sitzen: Ihr staatlich zugesagtes Stiftungskapital ist bis heute nicht überwiesen worden.

Die Gründung der FDV verlief indes überraschend reibungslos. Inzwischen erhielt sie das zugesagte Stiftungskapital sowie Sachleistungen. Die Einnahmen sollen im Wesentlichen durch den Verkauf ihrer Dienstleistungen erwirtschaftet werden. Die Zinseinnahmen aus dem angelegten Kapital darf die FDV für Personallöhne verwenden, für

vate Unternehmen sowie NROs, die sich in Dakar mit Stadtentwicklung beschäftigen. Etliche Mitarbeiter konnten aus der Privatwirtschaft abgeworben werden. Mamadou Dédé Diagne, einer der Direktoren, verspricht sich davon ein stärker „unternehmerisch geprägtes Auftreten“ in der Öffentlichkeit.

KfW stützt Stiftung

Die FDV erhielt als Sanierungsträger zunächst von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) umgerechnet 5,25 Millionen Euro aus Mitteln des BMZ. Mit diesem Betrag werden in den nächsten fünf Jahren Erschließungsprojekte finanziert. Kredit-Tranchen werden erst dann überwiesen, wenn Infrastrukturprojekte mit nachweisbarem Erfolg abgeschlossen sind. Sechs Prozent des KfW-Betrags erhält die Stiftung dafür, dass sie die Rolle des Sanierungsträgers übernimmt. Sie soll sicherstellen, dass die Zusammenarbeit zwischen Staat, Gemeinden und Versorgungsgesellschaften effizient und in den Einzelschritten nachvollziehbar verläuft.

Die lokale Bevölkerung erhält stärkeres Gewicht bei Beschlüssen über die künftige Gestaltung ihres Wohngebiets. Damit die Menschen in dem an Selbsthilfe orientierten Ansatz stärker mitwirken können, muss das Ministerium für Städtebau und Wohnungswesen freilich von seinem bisherigen Alleinanspruch abrücken.

Inzwischen wächst die FDV immer stärker in die Rolle eines Dienstleisters hinein. Ihre wesentliche Aufgabe besteht darin, das angespannte Verhältnis zwischen Staat und Grundstücksbesetzern zu entschärfen. In ihrem Rollenverständnis als neutrale Vermittlungsinstanz versucht die FDV, den Besitzanspruch des Staates mit dem Recht der Menschen auf Wohnraum in Einklang zu bringen.

Der Staat übertrug der Stiftung den Verkauf subventionierter

Grundstückstitel an Bewohner, die auf diese Weise ihren Status legalisieren können. Da niemand den Gesamtbetrag sofort aufbringen könnte, ist eine auf fünf Jahre angelegte Ratenzahlung vorgesehen. Nicht der Staat, sondern die Stiftung zieht dieses Geld ein. Es fließt in einen Nationalen Fonds für Investitionen in neue Wohnraumvorhaben. Mit der Sanierung übernimmt die Stiftung eine Funktion, die nach dem 1996 verabschiedeten Gesetz zur Dezentralisierung der Verwaltung in die Zuständigkeit der Kommunen fallen muss.

Dieser Herkulesaufgabe sind die Kommunen jedoch weder finanziell noch personell gewachsen und können jetzt den spezialisierten Dienstleister, die Stiftung FDV, mit der Sanierung beauftragen. Inzwischen wollen immer mehr Besetzer ihr Verhältnis zum Staat normalisieren. Magatte Diaw, Haushaltsvorstand in Pikine, konnte nach einigen Jahren eisernen Sparens die ersehnte Wohnrechtsurkunde für ein Grundstück von 304 Quadratmetern Fläche entgegennehmen. Diaw hatte sich mit den Haushaltsvorständen seiner Nachbarschaft zu einer Interessensgemeinschaft zusammengeschlossen und ein gemeinsames Bankkonto eingerichtet. Nachdem der einstige Besetzer damit begonnen hatte, den Kaufpreis abzustottern, behandelten ihn die Banken inzwischen wie einen kreditwürdigen Kunden. Während der Rückzahlung war er von der Steuer befreit.

Der „Fall Diaw“ zeigt, dass sich Siedlungsbewohner mit Hilfe der Stiftung einen geregelten Status erwerben können. Sein Wohnhaus hat Magatte Diaw inzwischen offiziell um zwei Etagen aufgestockt. ■

Der Autor arbeitet für das Pressebüro Seegrund in Kreuzlingen in der Schweiz.



afrikanischen Großstadt sollte eine gemeinnützige Stiftung die Sanierung und den Zugang zu Wohnraum steuern und sichern. Die privatrechtliche Stiftung steht unter der Aufsicht zweier Ministerien.

weitere urbane Studien und für Werbung. Private Investoren sollen die Stiftung unterstützen.

Um zu vermeiden, dass die gemeinnützige Stiftung unter den Einfluss einer einzigen Person gerät, wurden zwei Direktorenstellen geschaffen und öffentlich ausgeschrieben. „Wir wollten keinen verlängerten Behördenarm, sondern eine kleine und schlagkräftige Stiftung, auf die der Staat nur begrenzt Einfluss ausüben kann“, sagt GTZ-Mitarbeiterin Sabine Diallo. Das aus drei Personen bestehende Beraterteam der GTZ koordiniert den Fortgang der Sanierung.

Ausgleich der Interessen

Wie in den Statuten verankert, halten der Staat und drei Gemeinden ein Drittel der Sitze im Stiftungsrat. Die übrigen Posten teilen sich öffentliche und pri-

Aus Besetzern werden Besitzer

In der senegalesischen Satellitenstadt Pikine normalisieren sich mit deutscher Hilfe die illegalen Wohnverhältnisse

Von Thomas Vesper (Dakar)

Gegen Mittag erreicht das Markttreiben zwischen den halbfertigen Wohnhäusern im Stadtteil Pikine seinen Höhepunkt. Hunderte farbenfroh gekleidete Frauen hocken schwatzend und lachend vor Bergen von Hirse, Räucherfischen und Gemüse. Plötzlich ertönen lang gezogene Pfeiftöne, die einen Teil der Marktfrauen zum Aufbruch veranlassen. Wenn sie ihre Verkaufsstände weggetragen haben, erkennt man, dass sie ihr Quartier auf den Geleisen der Vorortbahn aufgeschlagen hatten. Nachdem der Zug vorüber gefahren ist, bringen die Frauen Stände und Waren auf die Bahntrasse zurück, weil es in Pikine so gut wie keine Freiflächen mehr gibt.

In Pikine, einer Satellitenstadt mit einer Million Einwohnern im Großraum der senegalesischen Hauptstadt Dakar, richtet sich das Marktgeschehen nach dem Zugfahrplan. Pikine gehört zu den am schnellsten wachsenden Siedlungen Senegals. Bis 2015 rechnen die Behörden mit einer Bevölkerungszunahme um 6,7 Prozent, schon heute leben 30 Prozent der rund zehn Millionen Senegalesen im Großraum Dakar. Als Pikine 1952 gegründet wurde, sollten hier Bewohner aus städtischen Slumgebieten angesiedelt werden. Längst jedoch ist die Stadtentwicklung aus dem Ruder gelaufen. Pikine zieht heute immer mehr Menschen vom Land an. Wegen der topographischen Lage auf der Halbinsel Cap-Vert kann die überbevölkerte Hauptstadt nicht mehr in die Breite wachsen. Jahr für Jahr reißt der Atlantik Stücke aus den Uferzonen heraus. Die Bauflächen werden zunehmend knapper.

Die Neuankommlinge können sich keine Grundstücke kaufen. Daher nehmen sie freie Flächen in Beschlag und beginnen mit dem Bau ihrer Behausungen. Diese Entwicklung hat während der vergangenen Jahre in ganz Afrika stark zugenommen. Meist verdingen sie sich als Tagelöhner in den Fabriken der Hauptstadt, die Frauen ergänzen die kargen Einkünfte durch den Erlös aus dem Marktverkauf. Bis die aus Steinen und Zement errichteten Häuser fertig sind, vergehen oft Jahre. Werden keine Löhne mehr erwirtschaftet, dann ruhen auch die Baustellen.

Wer nach Pikine zieht, muss mit Risiken und Unannehmlichkeiten leben. Kaum jemand verfügt über einen Besitztitel für sein besetztes, nicht parzelliertes Gelände, das überwiegend dem Staat gehört. Das Katasteramt führt die Siedlungen, in denen mittlerweile 60 Prozent der Einwohner Dakars leben, offiziell nicht als Wohngebiete. Folglich findet man hier nur in den seltensten Fällen Zufahrtsstraßen, auch Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind nicht vorgesehen. Besonders nachts ist es in den kaum beleuchteten Quartieren um die Sicherheit schlecht bestellt. Kein Polizist traut sich da hinein.

Früher ordneten die Behörden ab und an den Einsatz der Gendarmerie an. Sie vertrieb die Bewohner aus ihren Unterkünften, die dann von Bulldozern zerstört



Buntes Treiben herrscht auf dem Markt von Pikine. Aber wenn der Zug pfeift, müssen einige Händlerinnen Platz machen. (Bild: T. Vesper)

wurden. Wie sinnlos diese Vorgehensweise war, zeigte sich darin, dass die Grundstücke umgehend wieder besiedelt waren.

Als Staatspräsident Abdoulaye Wade nach den Wahlen seinen langjährigen Vorgänger Abdou Diouf ablöste, versprach er einen grundsätzlichen Wandel. Er hob die „Prävention und Sanierung von Spontansiedlungen“ im Gebiet der Hauptstadt zur Priorität. Als Partner gewann das Staatsoberhaupt die deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (gtz), die zunächst in einem kleinen Teil Pikines tätig wurde und sich jetzt anschießt, das Modell flächendeckend zu übertragen.

Von allen gtz-Vorschlägen hatten sich die senegalesischen Partner für die ungewöhnlichste Variante entschieden. Erstmals sollte eine gemeinnützige Stiftung in einer afrikanischen Großstadt Sanierung und Zugang zu Wohnraum steuern und sichern. Die Höhe des überwiegend staatlichen Stiftungskapitals wurde auf umgerechnet 1,4 Millionen Euro festgesetzt.

Obwohl Stiftungen in Afrika keinen guten Ruf genießen, verlief die Gründung der „Fondation droit à la ville“ (FDV) reibungslos. Inzwischen erhielt sie ihr Stiftungskapital zuzüglich Sachleistungen. Bis zu 75 Prozent der Zinseinkünfte aus dem angelegten Kapital darf sie für Personallöhne, neue urbanistische Studien und Werbung verwenden. Dass die angepeilte

Unterstützung durch private Investoren angesichts der Wirtschaftsmisere Senegals kaum mehr als Zukunftsmusik ist, räumen die Mitarbeiter illusionslos ein.

Als die Stiftung im Frühjahr 2001 ihre Arbeit aufnahm, zeigte sich schnell, dass alle Befürchtungen grundlos waren. Wie in den Statuten verankert, hält der Staat in Form von Zentralregierung und drei Gemeinden ein Drittel der Stiftungsratssitze. Die übrigen Posten teilen sich öffentliche und private Unternehmen sowie Nichtregierungsorganisationen, die sich in Dakar mit Stadtentwicklung beschäftigen. Zunächst erhielt die FDV von der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein Darlehen von umgerechnet 5,25 Millionen Euro. Mit diesem Betrag müssen in den nächsten fünf Jahren Erschließungsprojekte finanziert werden. Einzelne Kredittranchen werden erst dann überwiesen, wenn vorgesehene Infrastrukturprojekte „nachweislich erfolgreich“ umgesetzt sind. Insgesamt vier Prozent des KfW-Betrages erhält die Stiftung dafür, dass sie als Sanierungsträger fungiert.

Inzwischen ist die FDV in die Rolle eines Dienstleisters hineingewachsen. Ihre wesentliche Aufgabe darin besteht darin, das angespannte Verhältnis zwischen Staat und Grundstücksbesitzern zu entschärfen. Als neutrale Vermittlungsinstanz versucht die FDV, den Besit- zern

spruch des Staates mit dem Recht der Menschen auf Wohnraum in Einklang zu bringen. So übertragen die Kommunen der Stiftung den Verkauf staatlich subventionierter Grundstückstitel an Bewohner, die auf diese Weise ihren Status legalisieren können. Da niemand den Gesamtbetrag sofort aufbringen kann, ist eine fünfjährige Ratenzahlung vorgesehen.

Damit übernahm die Stiftung eine Funktion, die nach dem 1997 verabschiedeten Gesetz zur Dezentralisierung der Verwaltung eigentlich in die Zuständigkeit der Kommunen fällt, die dieser Herkules-Aufgabe jedoch weder finanziell noch personell gewachsen sind. Anstatt des Staates kassiert die Stiftung dieses Geld ein. Es fließt in einen Nationalen Fonds für Investitionen in neue Wohnraumvorhaben.

Inzwischen wollen immer mehr Besetzer ihr Verhältnis zum Staat normalisieren. Magatte Diaw, Haushaltsvorstand in Pikine, konnte nach einigen Jahren eiserenen Sparens die erherrte Wohnrechtskunde für ein Grundstück von 304 Quadratmetern Wohnfläche entgegennehmen. Nachdem der einstige Besetzer damit begonnen hatte, den Kaufpreis abzuzahlen, behandelten ihn die Banken plötzlich als kreditwürdigen Kunden. Während der Rückzahlung war er von der Steuer befreit. Inzwischen ist das Wohnhaus auf seinem Grundstück zwei Etagen gewachsen.

Besitzen statt besetzen

Senegal will seine Spontansiedlungen um die Hauptstadt Dakar legalisieren und sanieren – für die Umsetzung ist eine Stiftung verantwortlich



ILLEGALER WOHNRAUM: Die Menschen in der Satellitensiedlung Pikine leben ohne Infrastruktur. Ihren Alltag organisieren sie sich selbst – wie hier auf dem Markt.

In der schnell wachsenden Satellitensiedlung Pikine bei Dakar entschärft eine gemeinnützige Stiftung als neutrale Vermittlungsinstanz das angespannte Verhältnis zwischen Grundstücksbesetzern und dem Staat und betreibt dort effiziente Stadtplanung.

Von Thomas Vesper

An vielen Stellen wird emsig gebaut in Pikine, und darum gibt es in der Siedlung am Stadtrand von Dakar keinen größeren Platz mehr. Notgedrungen findet das Marktgeschehen in den sandigen Gassen zwischen halb fertigen Wohnhäusern statt. Hunderte farbenfrohe gekleidete Frauen hocken schwatzend und gut aufgelegt vor Bergen von Hirse, Räucherfischen und Gemüse.

Als plötzlich ein lang gezogenes Pfeifen ertönt, erheben sich einzelne Verkäuferinnen, bauen ohne Hast ihre Stände ab und schaffen alles fort. Man reibt sich verwundert die Augen, verlaufen doch dort, wo sie sich gerade noch aufgehalten hatten, Eisenbahngleise. Nachdem der Zug im Schrittempo vorübergefahren ist, wird alles auf die Trasse zurückgetragen. In Pikine, einer Satellitensiedlung mit schätzungsweise zwei Millionen Bewohnern, richtet sich das Marktgeschehen nach dem Zugfahrplan. Vielleicht ist es auch umgekehrt, so genau lässt sich das nicht sagen.

Stadtentwicklung im Chaos

Der Ort gehört zu den am schnellsten wachsenden Siedlungen des Landes. Bis 2015 rechnen die Behörden mit einer Bevölkerungszunahme um fast sieben Prozent. Schon heute leben mehr als 30 Prozent der rund zwölf Millionen Senegalesen im Großraum Dakar. Als Pikine 1952 gegründet wurde, sollten hier Bewohner aus städtischen Slumgebieten angesiedelt werden. Längst jedoch ist die Stadtentwicklung aus dem Ruder gelaufen. Pikine zieht heute immer mehr Menschen vom Land an. Wegen der topografischen Lage auf einer Halbinsel im Atlantischen Ozean kann die überbevölkerte Hauptstadt nicht mehr in die Breite wachsen. Bauflächen werden zunehmend knapper.

Grundstücke können sich die Neankömmlinge finanziell nicht leisten. Daher nehmen sie kurzerhand freie Flächen in Beschlag und beginnen mit dem Bau ihrer Behausungen. Meist verdingen sich

die Männer als Tagelöhner in den Fabriken der Hauptstadt, die Frauen ergänzen die Einkünfte durch den Verkauf von Lebensmitteln. Die Tendenz, sich im Einzugsbereich der Großstädte niederzulassen, hat während der vergangenen Jahre in ganz Schwarzafrika stark zugenommen. Bis die aus Steinen und Zement errichteten Häuser fertig sind, vergehen oft Jahre. Werden keine Löhne mehr erwirtschaftet, dann ruhen die Baustellen.

Wer nach Pikine zieht, muss mit Risiken und Unannehmlichkeiten leben. Kaum jemand verfügt über einen Besitztitel für die nicht parzellierten Grundstücke, die überwiegend dem Staat gehören. Das Katasteramt führt die Siedlungen offiziell nicht als Wohngebiete. Folglich findet man nur selten Zufahrtsstraßen, geschweige denn öffentliche Brunnen und eine Kanalisation. Auch nach Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen und Krankenhäusern hält man vergeblich Ausschau. Bisweilen stehen Wohnhäuser in Feuchtgebieten oder werden saisonal überschwemmt.

Früher hatten die Behörden im Kampf gegen wilde Siedlungen regelmäßig den Einsatz der Gendarmerie angeordnet. Sie vertrieb die Bewohner aus ihren Unterkünften, die von Bulldozern zerstört wur-

den. Kurz darauf waren die Grundstücke erneut besetzt.

Als Abdoulaye Wade 2000 zum Staatspräsidenten gewählt worden war, versprach er eine radikale Kehrtwende. Er erhob die »Prävention und Sanierung von Spontansiedlungen« im Gebiet der Hauptstadt zur Priorität. Als Partner gewann das Staatsoberhaupt die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die zunächst in einem kleinen Teil Pikines tätig wurde und sich in den Folgejahren anschickte, das Modell flächendeckend zu übertragen.

Um die Verhältnisse zu normalisieren, hatte sich Senegal für eine ungewöhnliche Vorgehensweise entschieden. Erstmals sollte eine gemeinnützige Stiftung in einer afrikanischen Großstadt Sanierung und Zugang zu Wohnraum steuern und sichern. Die Höhe des überwiegend staatlichen Stiftungskapitals wurde damals auf umgerechnet 1,4 Millionen Euro festgesetzt.

Seit Gründung der »Fondation Droit à la ville« (FDV), darf die Stiftung bis zu 75 Prozent der Zins-einnahmen aus dem angelegten Kapital für Personallöhne, neue urbanistische Studien und Werbezwecke verwenden. Gemäß Stiftungsstatuten halten

Zentralregierung und drei Gemeinden ein Drittel der Stiftungsratssitze. Die übrigen Posten teilen sich öffentliche und private Unternehmen sowie Nichtregierungsorganisationen, die sich in Dakar mit Stadtentwicklung beschäftigen.

Zunächst hatte die FDV von der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau ein Darlehen von umgerechnet 5,25 Millionen Euro erhalten. Damit werden fortwährend Erschließungsprojekte finanziert. Das vorgesehene Geld wird in einzelnen Tranchen erst dann überwiesen, wenn die zuvor verbindlich vereinbarten Infrastrukturprojekte erfolgreich umgesetzt sind. Inzwischen ist die FDV mühelos in die Rolle eines Dienstleisters hineingewachsen. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, das angespannte Verhältnis zwischen Staat und Grundstücksbesetzern zu entschärfen.

Stiftung gleicht Interessen aus

Als neutrale Vermittlungsinstanz versucht die FDV, den Besitzanspruch des Staates mit dem Recht der Menschen auf Wohnraum in Einklang zu bringen. Dabei übertragen die Kommunen der Stiftung den Verkauf staatlich subventionierter Grundstückstitel an Bewohner, die damit ihren Status legalisieren können. Da niemand den Gesamtbetrag sofort aufbringen kann, vereinbart die Stiftung, wann immer möglich, mehrjährige Ratenzahlungen.

Damit übernahm die Fondation eine Funktion, die dem Gesetz nach seit 1997 den Kommunen zukommt. Diese waren jedoch weder finanziell noch personell in die Lage versetzt worden, erfolgreich Stadtplanung zu betreiben. Die Stiftung erhält die dafür vorgesehenen Geldmittel, die in den staatlichen Sanierungsfonds »Fonds de Restructuration et de Régularisation Foncière« eingezahlt werden. So konnten erste Straßen entstehen, mehr und mehr Haushalte erhalten seither Zugang zu Trinkwasser, Strom und Müllabfuhr.

Bei vielen Besetzern lässt sich ein Umdenken beobachten, sie wollen ihr Verhältnis zum Staat normalisieren. Magatte Diaw beispielsweise konnte nach einigen Jahren eisernen Sparens die ersehnte Wohnrechtsurkunde für ein Grundstück von 304 Quadratmetern entgegennehmen. Nachdem der einstige Besetzer damit begonnen hatte, den Kaufpreis abzuzahlen, behandelten ihn die Banken auf einmal als kreditwürdigen Kunden. Während der Rückzahlung von der Steuer befreit, konnte er einen erklecklichen Teil seiner Einkünfte in den Bau investieren. Mit sichtbarem Erfolg: Sein Wohnhaus ist inzwischen um zwei Etagen gewachsen.

Thomas Vesper ist freier Journalist in Sankt Gallen, Schweiz.



KEIN STROM, KEIN TRINKWASSER: Die illegalen Siedler sammeln Brennholz für ihre Behausungen.



LEGALISIERUNG DER WOHNVERHÄLTNISSE: Viele Bewohner der illegalen Siedlungen denken um, sparen für eine Wohnrechtsurkunde und zahlen ihren Kaufpreis in Raten ab.

Abs	Frankfurter Rundschau (13.8.2002)	Akzente (4 / 2003)	Abs
	Welt-Rundschau Aus Besetzern werden Besitzer (Thomas Vesper, Foto: Thomas Vesper)	Senegal Besitzen statt besetzen (Thomas Vesper, Fotos: Thomas Vesper)	
0	In der senegalesischen Satelliten stadt Pikine normalisieren sich mit deutscher Hilfe die illegalen Wohnverhältnisse	Der Siedlungsgürtel rund um Dakar weitet sich unkontrolliert aus. Immer mehr Menschen ziehen in die neuen Satelliten städte am Rand der senegalesischen Hauptstadt und nehmen die wenigen noch freien Flächen illegal in Beschlag. Eine Stiftung will Ordnung in das Chaos bringen.	0
1	Gegen Mittag erreicht das Markttreiben zwischen den halbfertigen Wohnhäusern im Stadtteil Pikine seinen Höhepunkt.	Das Markttreiben zwischen den halbfertigen Wohnhäusern in der Stadt Pikine erreicht mittags seinen Höhepunkt.	1
	Hunderte farbenfroh gekleidete Frauen hocken schwatzend und lachend vor Bergen von Hirse, Räucherfischen und Gemüse. Plötzlich ertönen lang gezogene Pfeiftöne , die einen Teil der Marktfrauen zum Aufbruch veranlassen. Wenn sie ihre Verkaufsstände weggetragen haben, erkennt man, dass sie ihr Quartier auf den Geleisen der Vorortbahn aufgeschlagen hatten.	Hunderte farbenfroh gekleideter Frauen hocken schwatzend und lachend vor Bergen von Hirse, Räucherfischen und Gemüse. Langgezogene Pfeiftöne bringen plötzlich Bewegung in die Szene. Marktfrauen tragen ihre Verkaufsstände weg . Darunter kommen die Geleise der Vorortbahn zum Vorschein.	
	Nachdem der Zug vorüber gefahren ist, bringen die Frauen Stände und Waren auf die Bahntrasse zurück, weil es in Pikine so gut wie keine Freiflächen mehr gibt.	Der Zug fährt im Schritt-Tempo vorbei. Kurz darauf stellen die Frauen ihre Holzstände und Waren wieder auf die Eisenbahntrasse . Freie Flächen sind knapp in der Siedlung.	
2	In Pikine, einer Satellitenstadt mit einer Million Einwohnern im Großraum der senegalesischen Hauptstadt Dakar, richtet sich das Marktgeschehen nach dem Zugfahrplan. Pikine gehört zu den am schnellsten wachsenden Siedlungen Senegals.	Mit fast einer Million Einwohnern gehört Pikine zu den am schnellsten wachsenden Siedlungen im Gebiet um die senegalesische Hauptstadt .	2
	Bis 2015 rechnen die Behörden mit einer Bevölkerungszunahme um 6,7 Prozent, schon heute leben 30 Prozent der rund zehn Millionen Senegalesen im Großraum Dakar.	Bis 2015 rechnen die Behörden mit einer Bevölkerungszunahme um 6,7 Prozent. Schon heute leben 30 Prozent der rund zehn Millionen Senegalesen im Großraum Dakar. Tag für Tag erstickt die Hauptstadt nach 16 Uhr in den Abgasschwaden der Autofahrer, die zwei Stunden benötigen, um eine Distanz von 20 Kilometern zurückzulegen.	
	Als Pikine 1952 gegründet wurde, sollten hier Bewohner aus städtischen Slumgebieten angesiedelt werden.	Als die Siedlung 1952 gegründet wurde, erstreckte sich rundherum nur leeres Gelände. Dort wollte die Kolonialverwaltung eine begrenzte Zahl von Bewohnern städtischer Slumgebiete ansiedeln. Sehr schnell setzte ein unkontrollierter Zuzug weiterer Bewohner ein, aus der Hauptstadt und dem übrigen Land.	
	Längst jedoch ist die Stadtentwicklung aus dem Ruder gelaufen. Pikine zieht heute immer mehr Menschen vom Land an.	Mittlerweile ist die Stadtentwicklung aus dem Ruder gelaufen. Pikine zieht immer mehr Menschen an. Rund die Hälfte der Bevölkerung im Großraum Dakar lebt bereits in spontan errichteten Siedlungen.	3
	Wegen der topographischen Lage auf der Halbinsel Cap-Vert kann die überbevölkerte Hauptstadt nicht mehr in die Breite wachsen.	Der topographischen Lage auf einer Halbinsel wegen kann die Hauptstadt nicht mehr in die Breite wachsen.	

Abs	Frankfurter Rundschau (13.8.2002)	Akzente (4 / 2003)	Abs
	Jahr für Jahr reißt der Atlantik Stücke aus den Uferzonen heraus.	Jahr für Jahr reißt der stürmische Atlantik Landstücke aus den Uferzonen heraus.	
	Die Bauflächen werden zunehmend knapper.	Bauflächen werden immer knapper.	
3	Die Neuankömmlinge können sich keine Grundstücke kaufen.	Neu Zuziehende können sich Grundstücke für ihre Unterkünfte nicht leisten.	4
	Daher nehmen sie freie Flächen in Beschlag und beginnen mit dem Bau ihrer Behausungen. Diese Entwicklung hat während der vergangenen Jahre in ganz Afrika stark zugenommen.	Die Menschen nehmen daher noch freie Flächen in Beschlag und beginnen mit dem Bau. Diese Entwicklung hat während der vergangenen Jahre in ganz Afrika stark zugenommen.	
	Meist verdingen sie sich als Tagelöhner in den Fabriken der Hauptstadt,	Die Männer verdingen sich meist als Tagelöhner in den Fabriken der Hauptstadt,	5
	die Frauen ergänzen die kargen Einkünfte durch den Erlös aus dem Marktverkauf. Bis die aus Steinen und Zement errichteten Häuser fertig sind, vergehen oft Jahre. Werden keine Löhne mehr erwirtschaftet, dann ruhen auch die Baustellen.	ihre Frauen ergänzen die kargen Einkünfte durch den Erlös aus dem Marktverkauf. Bis die aus Steinen und Zement errichteten Häuser fertig sind, können manchmal Jahre vergehen. Bleiben die Löhne aus, ruhen auch die Baustellen.	
4	Wer nach Pikine zieht, muss mit Risiken und Unannehmlichkeiten leben.	Im schlimmsten Fall müssen sie aufgegeben werden. Davon zeugen auch in Pikine etliche, schon von Pflanzen überzogene Bauruinen.	
	Kaum jemand verfügt über einen Besitztitel für sein besetztes, nicht parzelliertes Gelände, das überwiegend dem Staat gehört.	Kaum jemand kann offiziell Anspruch auf sein besetztes, nicht parzelliertes Gelände erheben. Fast das gesamte Gelände auf dem Gebiet der Spontanansiedlungen gehört dem Staat.	6
	Das Katasteramt führt die Siedlungen, in denen mittlerweile 60 Prozent der Einwohner Dakars leben, offiziell nicht als Wohngebiete.	In den Katasterbüchern sind diese Siedlungen offiziell nicht als Wohngebiete ausgewiesen.	
	Folglich findet man hier nur in den seltensten Fällen Zufahrtsstraßen, auch Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind nicht vorgesehen.	Folglich gibt es dort nur selten Zufahrtstraßen. Eine Infrastruktur für Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung gibt es nicht. Kaum zehn Prozent der Haushalte haben fließendes Wasser. Behelfsmäßige Toiletten mit Sickergruben dienen der Entsorgung des Größten. Das Spülwasser wird vor die Haustür gekippt. Während der Regenzeit stehen ganze Wohnviertel unter Hochwasser, denn auch Schutzdämme gibt es nicht.	
		Verschmutzte Brunnen	
		Nach Angaben der öffentlichen Gesellschaft für Wasserversorgung SONES sind 80 Prozent der öffentlichen Brunnen verschmutzt. Die Folge: Gerade in den städtischen Spontanansiedlungen leiden die Menschen unter Krankheiten, vor allem Kinderkrankheiten und sogar Cholera. Schulen sind in aller Regel kläglich ausgestattet. Von einem funktionierenden Gesundheitswesen kann nicht die Rede sein.	7
	Besonders nachts ist es in den kaum beleuchteten Quartieren um die Sicherheit schlecht bestellt.	Nachts sind die kaum beleuchteten Quartiere unsicher.	
	Kein Polizist traut sich da hinein.	Kein Polizist würde sich dort hinein trauen.	
		An der Spitze jedes spontan errichteten Wohnviertels steht nach ländlichem Vorbild ein	8

Abs	Frankfurter Rundschau (13.8.2002)	Akzente (4 / 2003)	Abs
		Chef. Sein Einfluss ist längst nicht mehr unumstritten. Die Bewohner sind Zielscheibe unterschiedlichster konkurrierender Einflüsse. Städtisches Überleben findet im Spannungsfeld zwischen traditionellen Ordnungsmustern, ethnischen Zugehörigkeiten, wachsender Einflussnahme islamischer Sekten und parteipolitischer Interessen statt.	
5	Früher ordneten die Behörden ab und an den Einsatz der Gendarmerie an. Sie vertrieb die Bewohner aus ihren Unterkünften, die dann von Bulldozern zerstört wurden.	Früher ordneten die Behörden ab und zu den Einsatz von Gendarmerie an. Sie vertrieb die Leute aus ihren Unterkünften, die von Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht wurden.	9
	Wie sinnlos diese Vorgehensweise war, zeigte sich darin, dass die Grundstücke umgehend wieder besiedelt waren.	Wie sinnlos die rabiante Vorgehensweise war, bewies die Tatsache, dass die Grundstücke nach kürzester Zeit wieder besetzt waren.	
		Prävention und Sanierung	
6	Als Staatspräsident Abdoulaye Wade nach den Wahlen seinen langjährigen Vorgänger Abdou Diouf ablöste, versprach er einen grundsätzlichen Wandel. Wade erhob die "Prävention und Sanierung von Spontansiedlungen" im Gebiet der Hauptstadt zur Priorität.	Staatspräsident Wade, der nach den letzten Wahlen seinen langjährigen Vorgänger Diouf ablöste, versprach einen grundsätzlichen Wandel. Wade erhob die Prävention und Sanierung von Spontansiedlungen im Gebiet der Hauptstadt zur Priorität und ließ ein nationales Programm zur Vorbeugung, Sanierung und Legalisierung illegal errichteter Siedlungen erarbeiten.	10
	Als Partner gewann das Staatsoberhaupt die deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (gtz), die zunächst in einem kleinen Teil Pikines tätig wurde und sich jetzt anschickt,	Als Partner gewann das Staatsoberhaupt die GTZ, die im Auftrag des BMZ und in Kooperation mit der KfW zunächst in einem kleinen Teil Pikines tätig wurde und sich jetzt anschickt,	
	das Modell flächendeckend zu übertragen.	das Modell mit ihren einheimischen Partnern flächendeckend auf das gesamte Gebiet zu übertragen.	
7	Von allen gtz-Vorschlägen hatten sich die senegalesischen Partner für die ungewöhnlichste Variante entschieden. Erstmals sollte eine gemeinnützige Stiftung in einer afrikanischen Großstadt Sanierung und Zugang zu Wohnraum steuern und sichern.	Von allen Vorschlägen der GTZ hatten sich die senegalesischen Partner für die ungewöhnlichste Variante entschieden. Erstmals in einer afrikanischen Großstadt sollte eine gemeinnützige Stiftung die Sanierung und den Zugang zu Wohnraum steuern und sichern.	11
	Die Höhe des überwiegend staatlichen Stiftungskapitals wurde auf umgerechnet 1,4 Millionen Euro festgesetzt.	Die Höhe des überwiegend staatlichen Stiftungskapitals für die Fondation Droit à la Ville (FDV) wurde auf umgerechnet 1,4 Millionen Euro festgesetzt. Als privatrechtliche Stiftung wurde die FDV der Aufsicht zweier Ministerien unterstellt.	
8	Obwohl Stiftungen in Afrika keinen guten Ruf genießen,	Genießt der Begriff „Stiftung“ in Deutschland einen guten Ruf, so erweckt er bei der Bevölkerungsmehrheit in Afrika hingegen tendenziell Misstrauen. Einheimischen Stiftungsgründern werden letztlich überwiegend egoistische Beweggründe unterstellt, zudem fehlt im Senegal eine Stiftungstradition. Kaum eine der schon vor Jahren ins Leben gerufenen	12

Abs	Frankfurter Rundschau (13.8.2002)	Akzente (4 / 2003)	Abs
		Einrichtungen konnte bisher ihre Arbeit aufnehmen, da sie finanziell auf dem Trockenen sitzen: Ihr staatlich zugesagtes Stiftungskapital ist bis heute nicht überwiesen worden.	
	verlief die Gründung der "Fondation droit à la ville" (FDV) reibungslos.	Die Gründung der FDV verlief indes überraschend reibungslos.	13
	Inzwischen erhielt sie ihr Stiftungskapital zuzüglich Sachleistungen.	Inzwischen erhielt sie das zugesagte Stiftungskapital sowie Sachleistungen. Die Einnahmen sollen im Wesentlichen durch den Verkauf ihrer Dienstleistungen erwirtschaftet werden.	
	Bis zu 75 Prozent der Zinseinnahmen aus dem angelegten Kapital darf sie für Personallöhne, neue urbanistische Studien und Werbung verwenden.	Die Zinseinnahmen aus dem angelegten Kapital darf die FDV für Personallöhne verwenden, für weitere urbane Studien und für Werbung.	
	Dass die angepeilte Unterstützung durch private Investoren angesichts der Wirtschaftsmisere Senegals kaum mehr als Zukunftsmusik ist, räumen die Mitarbeiter illusionslos ein.	Private Investoren sollen die Stiftung unterstützen.	
9	Als die Stiftung im Frühjahr 2001 ihre Arbeit aufnahm, zeigte sich schnell, dass alle Befürchtungen grundlos waren.	Um zu vermeiden, dass die gemeinnützige Stiftung unter den Einfluss einer einzigen Person gerät, wurden zwei Direktorenstellen geschaffen und öffentlich ausgeschrieben. „Wir wollten keinen verlängerten Behördenarm, sondern eine kleine und schlagkräftige Stiftung, auf die der Staat nur begrenzt Einfluss ausüben kann“, sagt GTZ-Mitarbeiterin Sabine Diallo. Das aus drei Personen bestehende Beraterteam der GTZ koordiniert den Fortgang der Sanierung.	14
		Ausgleich der Interessen	
	Wie in den Statuten verankert, hält der Staat in Form von Zentralregierung und drei Gemeinden ein Drittel der Stiftungsratssitze.	Wie in den Statuten verankert, halten der Staat und drei Gemeinden ein Drittel der Sitze im Stiftungsrat.	15
	Die übrigen Posten teilen sich öffentliche und private Unternehmen sowie Nichtregierungsorganisationen,	Die übrigen Posten teilen sich öffentliche und private Unternehmen sowie NROs,	
	die sich in Dakar mit Stadtentwicklung beschäftigen.	die sich in Dakar mit Stadtentwicklung beschäftigen. Etliche Mitarbeiter konnten aus der Privatwirtschaft abgeworben werden. Mamadou Dédé Diagne, einer der Direktoren, verspricht sich davon ein stärker „unternehmerisch geprägtes Auftreten“ in der Öffentlichkeit.	
		KfW stützt Stiftung	
	Zunächst erhielt die FDV von der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein Darlehen von umgerechnet 5,25 Millionen Euro.	Die FDV erhielt als Sanierungsträger zunächst von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) umgerechnet 5,25 Millionen Euro aus Mitteln des BMZ.	16
	Mit diesem Betrag müssen in den nächsten fünf Jahren Erschließungsprojekte finanziert werden.	Mit diesem Betrag werden in den nächsten fünf Jahren Erschließungsprojekte finanziert.	
	Einzelne Kredittranchen werden erst dann überwiesen, wenn vorgesehene Infrastrukturprojekte "nachweislich erfolgreich"	Kredit-Tranchen werden erst dann überwiesen, wenn Infrastrukturprojekte mit nachweisbarem Erfolg abgeschlossen sind.	

Abs	Frankfurter Rundschau (13.8.2002)	Akzente (4 / 2003)	Abs
	umgesetzt sind.		
	Insgesamt vier Prozent des KfW-Betrages erhält die Stiftung dafür, dass sie als Sanierungsträger fungiert.	Sechs Prozent des KfW-Betrags erhält die Stiftung dafür, dass sie die Rolle des Sanierungsträgers übernimmt. Sie soll sicherstellen, dass die Zusammenarbeit zwischen Staat, Gemeinden und Versorgungsgesellschaften effizient und in den Einzelschritten nachvollziehbar verläuft.	
		Die lokale Bevölkerung erhält stärkeres Gewicht bei Beschlüssen über die künftige Gestaltung ihres Wohngebiets. Damit die Menschen in dem an Selbsthilfe orientierten Ansatz stärker mitwirken können, muss das Ministerium für Städtebau und Wohnungswesen freilich von seinem bisherigen Alleinanspruch abrücken.	17
10	Inzwischen ist die FDV in die Rolle eines Dienstleisters hineingewachsen. Ihre wesentliche Aufgabe darin besteht darin, das angespannte Verhältnis zwischen Staat und Grundstücksbesitzern zu entschärfen. Als neutrale Vermittlungsinstanz versucht die FDV,	Inzwischen wächst die FDV immer stärker in die Rolle eines Dienstleisters hinein. Ihre wesentliche Aufgabe besteht darin, das angespannte Verhältnis zwischen Staat und Grundstücksbesitzern zu entschärfen. In ihrem Rollenverständnis als neutrale Vermittlungsinstanz versucht die FDV,	18
	den Besitzanspruch des Staates mit dem Recht der Menschen auf Wohnraum in Einklang zu bringen.	den Besitzanspruch des Staates mit dem Recht der Menschen auf Wohnraum in Einklang zu bringen.	
	So übertrugen die Kommunen der Stiftung den Verkauf staatlich subventionierter Grundstückstitel an Bewohner,	Der Staat übertrug der Stiftung den Verkauf subventionierter Grundstückstitel an Bewohner,	19
	die auf diese Weise ihren Status legalisieren können. Da niemand den Gesamtbetrag sofort aufbringen kann, ist eine fünfjährige Ratenzahlung vorgesehen.	die auf diese Weise ihren Status legalisieren können. Da niemand den Gesamtbetrag sofort aufbringen könnte, ist eine auf fünf Jahre angelegte Ratenzahlung vorgesehen. Nicht der Staat, sondern die Stiftung zieht dieses Geld ein. Es fließt in einen Nationalen Fonds für Investitionen in neue Wohnraumvorhaben.	
11	Damit übernahm die Stiftung eine Funktion, die nach dem 1997 verabschiedeten Gesetz zur Dezentralisierung der Verwaltung eigentlich in die Zuständigkeit der Kommunen fällt,	Mit der Sanierung übernimmt die Stiftung eine Funktion, die nach dem 1996 verabschiedeten Gesetz zur Dezentralisierung der Verwaltung in die Zuständigkeit der Kommunen fallen muss.	
	die dieser Herkules-Aufgabe jedoch weder finanziell noch personell gewachsen sind. Anstatt des Staates kassiert die Stiftung dieses Geld ein. Es fließt in einen Nationalen Fonds für Investitionen in neue Wohnraumvorhaben.	Dieser Herkulesaufgabe sind die Kommunen jedoch weder finanziell noch personell gewachsen und können jetzt den spezialisierten Dienstleister, die Stiftung FDV, mit der Sanierung beauftragen.	20
12	Inzwischen wollen immer mehr Besetzer ihr Verhältnis zum Staat normalisieren. Magatte Diaw, Haushaltsvorstand in Pikine, konnte nach einigen Jahren eisernen Sparens die ersehnte Wohnrechtsurkunde für ein Grundstück von 304 Quadratmetern Wohnfläche entgegennehmen.	Inzwischen wollen immer mehr Besetzer ihr Verhältnis zum Staat normalisieren. Magatte Diaw, Haushaltsvorstand in Pikine, konnte nach einigen Jahren eisernen Sparens die ersehnte Wohnrechtsurkunde für ein Grundstück von 304 Quadratmetern Fläche entgegennehmen. Diaw hatte sich mit den Haushaltsvorständen seiner Nachbarschaft zu einer Interessensgemeinschaft zusammengeschlossen und ein gemeinsames	

Abs	Frankfurter Rundschau (13.8.2002)	Akzente (4 / 2003)	Abs
		Bankkonto eingerichtet.	
	Nachdem der einstige Besetzer damit begonnen hatte, den Kaufpreis abzuzahlen, behandelten ihn die Banken plötzlich als kreditwürdigen Kunden.	Nachdem der einstige Besetzer damit begonnen hatte, den Kaufpreis abzustottern, behandelten ihn die Banken inzwischen wie einen kreditwürdigen Kunden.	
	Während der Rückzahlung war er von der Steuer befreit.	Während der Rückzahlung war er von der Steuer befreit.	
		Der „Fall Diaw“ zeigt, dass sich Siedlungsbewohner mit Hilfe der Stiftung einen geregelten Status erwerben können.	21
	Inzwischen ist das Wohnhaus auf seinem Grundstück zwei Etagen gewachsen.	Sein Wohnhaus hat Magatte Diaw inzwischen offiziell um zwei Etagen aufgestockt.	
		Der Autor arbeitet für das Pressebüro Seegrund in Kreuzlingen in der Schweiz.	
		Legaler Wohnraum für Arme	
		<p>Die Lage: Unkontrolliertes Städtewachstum stellt den Senegal vor große Probleme. Das Ziel: Städte beugen Spontansiedlungen vor und legalisieren und sanieren Wohnraum.</p> <p>Das Konzept: Die GTZ und die KfW fördern gemeinsam eine innovative Politik zur legalen Wohnraumbeschaffung.</p> <p>Die Partner: Die Stiftung Fondation Droit à la Ville, die Stadt Pikine und andere städtische Gemeinden, das Ministerium für Städtebau, der Sanierungsfonds FORREF und Selbsthilfegruppen.</p> <p>Die Kosten: Das BMZ unterstützt die Technische und Finanzielle Zusammenarbeit in Spontansiedlungen mit 3,6 Millionen Euro beziehungsweise 5,1 Millionen Euro.</p>	

Abs	Akzente (4 / 2003)	Welternährung (12 / 2010)	Abs
	Senegal Besitzen statt besetzen (Thomas Vesper, Fotos: Thomas Vesper)	Hintergrund Besitzen statt besetzen (Thomas Vesper, Fotos: Thomas Vesper)	
		Senegal will seine Spontansiedlungen um die Hauptstadt Dakar legalisieren und sanieren - für die Umsetzung ist eine Stiftung verantwortlich	0
0	Der Siedlungsgürtel rund um Dakar weitet sich unkontrolliert aus. Immer mehr Menschen ziehen in die neuen Satellitenstädte am Rand der senegalesischen Hauptstadt und nehmen die wenigen noch freien Flächen illegal in Beschlag. Eine Stiftung will Ordnung in das Chaos bringen.	In der schnell wachsenden Satellitensiedlung Pikine bei Dakar entschärft eine gemeinnützige Stiftung als neutrale Vermittlungsinstanz das angespannte Verhältnis zwischen Grundstücksbesetzern und dem Staat und betreibt dort effiziente Stadtplanung.	0
		An vielen Stellen wird emsig gebaut in Pikine, und darum gibt es in der Siedlung am Stadtrand von Dakar keinen größeren Platz mehr.	1
1	Das Markt treiben zwischen den halbfertigen Wohnhäusern in der Stadt Pikine erreicht mittags seinen Höhepunkt. Hunderte farbenfroh gekleideter Frauen hocken schwatzend und lachend vor Bergen von Hirse, Räucherfischen und Gemüse.	Notgedrungen findet das Markt geschehen in den sandigen Gassen zwischen halb fertigen Wohnhäusern statt. Hunderte farbenfroh gekleidete Frauen hocken schwatzend und gut aufgelegt vor Bergen von Hirse, Räucherfischen und Gemüse.	
	Langgezogene Pfeiftöne bringen plötzlich Bewegung in die Szene. Marktfrauen tragen ihre Verkaufsstände weg.	Als plötzlich ein lang gezogenes Pfeifen ertönt, erheben sich einzelne Verkäuferinnen , bauen ohne Hast ihre Stände ab und schaffen alles fort. Man reibt sich verwundert die Augen, verlaufen doch dort,	2
	Darunter kommen die Geleise der Vorortbahn zum Vorschein.	wo sie sich gerade noch aufgehalten hatten, Eisenbahngleise .	
	Der Zug fährt im Schritt-Tempo vorbei. Kurz darauf stellen die Frauen ihre Holzstände und Waren wieder auf die Eisenbahntrasse. Freie Flächen sind knapp in der Siedlung.	Nachdem der Zug im Schritttempo vorübergefahren ist, wird alles auf die Trasse zurückgetragen. In Pikine,	
2	Mit fast einer Million Einwohnern	einer Satellitensiedlung mit schätzungsweise zwei Millionen Bewohnern , richtet sich das Marktgeschehen nach dem Zugfahrplan. Vielleicht ist es auch umgekehrt, so genau lässt sich das nicht sagen.	
2	gehört Pikine zu den am schnellsten wachsenden Siedlungen im Gebiet um die senegalesische Hauptstadt.	Der Ort gehört zu den am schnellsten wachsenden Siedlungen des Landes.	3
	Bis 2015 rechnen die Behörden mit einer Bevölkerungszunahme um 6,7 Prozent.	Bis 2015 rechnen die Behörden mit einer Bevölkerungszunahme um fast sieben Prozent.	
	Schon heute leben 30 Prozent der rund zehn Millionen Senegalesen im Großraum Dakar. Tag für Tag erstickt die Hauptstadt nach 16 Uhr in den Abgasschwaden der Autofahrer, die zwei Stunden benötigen, um eine Distanz von 20 Kilometern zurückzulegen.	Schon heute leben mehr als 30 Prozent der rund zwölf Millionen Senegalesen im Großraum Dakar.	
	Als die Siedlung 1952 gegründet wurde, erstreckte sich rundherum nur leeres Gelände. Dort wollte die Kolonialverwaltung eine begrenzte Zahl von Bewohnern städtischer Slumgebiete ansiedeln. Sehr schnell setzte ein unkontrollierter Zuzug weiterer Bewohner ein,	Als Pikine 1952 gegründet wurde, sollten hier Bewohner aus städtischen Slumgebieten angesiedelt werden.	

Abs	Akzente (4 / 2003)	Welternährung (12 / 2010)	Abs
	aus der Hauptstadt und dem übrigen Land.		
3	Mittlerweile ist die Stadtentwicklung aus dem Ruder gelaufen. Pikine zieht immer mehr Menschen an. Rund die Hälfte der Bevölkerung im Großraum Dakar lebt bereits in spontan errichteten Siedlungen.	Längst jedoch ist die Stadtentwicklung aus dem Ruder gelaufen. Pikine zieht heute immer mehr Menschen vom Land an.	
	Der topographischen Lage auf einer Halbinsel wegen kann die Hauptstadt nicht mehr in die Breite wachsen. Jahr für Jahr reißt der stürmische Atlantik Landstücke aus den Uferzonen heraus.	Wegen der topografischen Lage auf einer Halbinsel im Atlantischen Ozean kann die überbevölkerte Hauptstadt nicht mehr in die Breite wachsen.	
	Bauflächen werden immer knapper.	Bauflächen werden zunehmend knapper.	
4	Neu Zuziehende können sich Grundstücke für ihre Unterkünfte nicht leisten.	Grundstücke können sich die Neuankömmlinge finanziell nicht leisten.	4
	Die Menschen nehmen daher noch freie Flächen in Beschlag und beginnen mit dem Bau.	Daher nehmen sie kurzerhand freie Flächen in Beschlag und beginnen mit dem Bau ihrer Behausungen.	
	Diese Entwicklung hat während der vergangenen Jahre in ganz Afrika stark zugenommen.	Die Tendenz, sich im Einzugsbereich der Großstädte niederzulassen, hat während der vergangenen Jahre in ganz Schwarzafrika stark zugenommen.	
5	Die Männer verdingen sich meist als Tagelöhner in den Fabriken der Hauptstadt, ihre Frauen ergänzen die kargen Einkünfte durch den Erlös aus dem Marktverkauf.	Meist verdingen sich die Männer als Tagelöhner in den Fabriken der Hauptstadt, die Frauen ergänzen die Einkünfte durch den Verkauf von Lebensmitteln.	
	Bis die aus Steinen und Zement errichteten Häuser fertig sind, können manchmal Jahre vergehen.	Bis die aus Steinen und Zement errichteten Häuser fertig sind, vergehen oft Jahre.	
	Bleiben die Löhne aus, ruhen auch die Baustellen. Im schlimmsten Fall müssen sie aufgegeben werden.	Werden keine Löhne mehr erwirtschaftet, dann ruhen die Baustellen.	
	Davon zeugen auch in Pikine etliche, schon von Pflanzen überzogene Bauruinen.	Wer nach Pikine zieht, muss mit Risiken und Unannehmlichkeiten leben.	5
6	Kaum jemand kann offiziell Anspruch auf sein besetztes, nicht parzelliertes Gelände erheben. Fast das gesamte Gelände auf dem Gebiet der Spontanansiedlungen gehört dem Staat.	Kaum jemand verfügt über einen Besitztitel für die nicht parzellierten Grundstücke, die überwiegend dem Staat gehören.	
	In den Katasterbüchern sind diese Siedlungen offiziell nicht als Wohngebiete ausgewiesen.	Das Katasteramt führt die Siedlungen offiziell nicht als Wohngebiete.	
	Folglich gibt es dort nur selten Zufahrtstraßen. Eine Infrastruktur für Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung gibt es nicht. Kaum zehn Prozent der Haushalte haben fließendes Wasser. Behelfsmäßige Toiletten mit Sickergruben dienen der Entsorgung des Größten. Das Spülwasser wird vor die Haustür gekippt.	Folglich findet man nur selten Zufahrtsstraßen, geschweige denn öffentliche Brunnen und eine Kanalisation.	
	Während der Regenzeit stehen ganze Wohnviertel unter Hochwasser, denn auch Schutzdämme gibt es nicht.	Bisweilen stehen Wohnhäuser in Feuchtgebieten oder werden saisonal überschwemmt.	
	Verschmutzte Brunnen		
7	Nach Angaben der öffentlichen Gesellschaft für Wasserversorgung SONES sind 80 Prozent der öffentlichen Brunnen verschmutzt. Die Folge: Gerade in den städtischen Spontansiedlungen leiden die Menschen unter Krankheiten, vor		

Abs	Akzente (4 / 2003)	Welternährung (12 / 2010)	Abs
	allem Kinderkrankheiten und sogar Cholera.		
	Schulen sind in aller Regel kläglich ausgestattet. Von einem funktionierenden Gesundheitswesen kann nicht die Rede sein. Nachts sind die kaum beleuchteten Quartiere unsicher. Kein Polizist würde sich dort hinein trauen.	Auch nach Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen und Krankenhäusern hält man vergeblich Ausschau.	
8	An der Spitze jedes spontan errichteten Wohnviertels steht nach ländlichem Vorbild ein Chef. Sein Einfluss ist längst nicht mehr unumstritten. Die Bewohner sind Zielscheibe unterschiedlichster konkurrierender Einflüsse. Städtisches Überleben findet im Spannungsfeld zwischen traditionellen Ordnungsmustern, ethnischen Zugehörigkeiten, wachsender Einflussnahme islamischer Sekten und parteipolitischer Interessen statt.		
9	Früher ordneten die Behörden ab und zu den Einsatz von Gendarmerie an.	Früher hatten die Behörden im Kampf gegen wilde Siedlungen regelmäßig den Einsatz der Gendarmerie angeordnet.	6
	Sie vertrieb die Leute aus ihren Unterkünften, die von Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht wurden. Wie sinnlos die rabiante Vorgehensweise war, bewies die Tatsache,	Sie vertrieb die Bewohner aus ihren Unterkünften, die von Bulldozern zerstört wurden.	
	dass die Grundstücke nach kürzester Zeit wieder besetzt waren.	Kurz darauf waren die Grundstücke erneut besetzt.	
	Prävention und Sanierung		
10	Staatspräsident Wade , der nach den letzten Wahlen seinen langjährigen Vorgänger Diouf ablöste, versprach einen grundsätzlichen Wandel.	Als Abdoulaye Wade 2000 zum Staatspräsidenten gewählt worden war, versprach er eine radikale Kehrtwende.	7
	Wade erhob die Prävention und Sanierung von Spontansiedlungen im Gebiet der Hauptstadt zur Priorität und ließ ein nationales Programm zur Vorbeugung, Sanierung und Legalisierung illegal errichteter Siedlungen erarbeiten.	Er erhob die »Prävention und Sanierung von Spontansiedlungen« im Gebiet der Hauptstadt zur Priorität.	
	Als Partner gewann das Staatsoberhaupt die GTZ,	Als Partner gewann das Staatsoberhaupt die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ),	
	die im Auftrag des BMZ und in Kooperation mit der KfW zunächst in einem kleinen Teil Pikines tätig wurde und sich jetzt anschickt,	die zunächst in einem kleinen Teil Pikines tätig wurde und sich in den Folgejahren anschickte,	
	das Modell mit ihren einheimischen Partnern flächendeckend auf das gesamte Gebiet zu übertragen.	das Modell flächendeckend zu übertragen.	
11	Von allen Vorschlägen der GTZ hatten sich die senegalesischen Partner für die ungewöhnlichste Variante entschieden.	Um die Verhältnisse zu normalisieren, hatte sich Senegal für eine ungewöhnliche Vorgehensweise entschieden.	8
	Erstmals in einer afrikanischen Großstadt sollte eine gemeinnützige Stiftung die Sanierung und den Zugang zu Wohnraum steuern und sichern.	Erstmals sollte eine gemeinnützige Stiftung in einer afrikanischen Großstadt Sanierung und Zugang zu Wohnraum steuern und sichern.	
	Die Höhe des überwiegend staatlichen Stiftungskapitals für die Fondation Droit à la Ville (FDV) wurde auf umgerechnet 1,4 Millionen Euro festgesetzt.	Die Höhe des überwiegend staatlichen Stiftungskapitals wurde damals auf umgerechnet 1,4 Millionen Euro festgesetzt.	

Abs	Akzente (4 / 2003)	Welternährung (12 / 2010)	Abs
	Als privatrechtliche Stiftung wurde die FDV der Aufsicht zweier Ministerien unterstellt.	Seit Gründung der „ Fondation Droit à la ville “ (FDV), darf die Stiftung bis zu 75 Prozent der Zinseinnahmen aus dem angelegten Kapital für Personallöhne, neue urbanistische Studien und Werbezwecke verwenden.	
12	Genießt der Begriff „Stiftung“ in Deutschland einen guten Ruf, so erweckt er bei der Bevölkerungsmehrheit in Afrika hingegen tendenziell Misstrauen. Einheimischen Stiftungsgründern werden letztlich überwiegend egoistische Beweggründe unterstellt, zudem fehlt im Senegal eine Stiftungstradition. Kaum eine der schon vor Jahren ins Leben gerufenen Einrichtungen konnte bisher ihre Arbeit aufnehmen, da sie finanziell auf dem Trockenen sitzen: Ihr staatlich zugesagtes Stiftungskapital ist bis heute nicht überwiesen worden.		
13	Die Gründung der FDV verlief indes überraschend reibungslos. Inzwischen erhielt sie das zugesagte Stiftungskapital sowie Sachleistungen. Die Einnahmen sollen im Wesentlichen durch den Verkauf ihrer Dienstleistungen erwirtschaftet werden. Die Zinseinnahmen aus dem angelegten Kapital darf die FDV für Personallöhne verwenden, für weitere urbane Studien und für Werbung. Private Investoren sollen die Stiftung unterstützen.		
14	Um zu vermeiden, dass die gemeinnützige Stiftung unter den Einfluss einer einzigen Person gerät, wurden zwei Direktorenstellen geschaffen und öffentlich ausgeschrieben. „Wir wollten keinen verlängerten Behördenarm, sondern eine kleine und schlagkräftige Stiftung, auf die der Staat nur begrenzt Einfluss ausüben kann“, sagt GTZ-Mitarbeiterin Sabine Diallo. Das aus drei Personen bestehende Beraterteam der GTZ koordiniert den Fortgang der Sanierung.		9
	Ausgleich der Interessen		
15	Wie in den Statuten verankert, halten der Staat und drei Gemeinden ein Drittel der Sitze im Stiftungsrat. Die übrigen Posten teilen sich öffentliche und private Unternehmen sowie NROs, die sich in Dakar mit Stadtentwicklung beschäftigen. Etliche Mitarbeiter konnten aus der Privatwirtschaft abgeworben werden. Mamadou Dédé Diagne, einer der Direktoren, verspricht sich davon ein stärker „unternehmerisch geprägtes Auftreten“ in der Öffentlichkeit.	Gemäß Stiftungsstatuten halten Zentralregierung und drei Gemeinden ein Drittel der Stiftungsratssitze. Die übrigen Posten teilen sich öffentliche und private Unternehmen sowie Nichtregierungsorganisationen, die sich in Dakar mit Stadtentwicklung beschäftigen.	
	KfW stützt Stiftung		
16	Die FDV erhielt als Sanierungsträger zunächst von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) umgerechnet 5,25 Millionen Euro aus Mitteln des BMZ .	Zunächst hatte die FDV von der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau ein Darlehen von umgerechnet 5,25 Millionen Euro erhalten.	10

Abs	Akzente (4 / 2003)	Welternährung (12 / 2010)	Abs
	Mit diesem Betrag werden in den nächsten fünf Jahren Erschließungsprojekte finanziert. Kredit-Tranchen werden erst dann überwiesen,	Damit werden fortwährend Erschließungsprojekte finanziert. Das vorgesehene Geld wird in einzelnen Tranchen erst dann überwiesen,	
	wenn Infrastrukturprojekte mit nachweisbarem Erfolg abgeschlossen sind. Sechs Prozent des KfW-Betrags erhält die Stiftung dafür, dass sie die Rolle des Sanierungsträgers übernimmt. Sie soll sicherstellen, dass die Zusammenarbeit zwischen Staat, Gemeinden und Versorgungsgesellschaften effizient und in den Einzelschritten nachvollziehbar verläuft.	wenn die zuvor verbindlich vereinbarten Infrastrukturprojekte erfolgreich umgesetzt sind.	
17	Die lokale Bevölkerung erhält stärkeres Gewicht bei Beschlüssen über die künftige Gestaltung ihres Wohngebiets. Damit die Menschen in dem an Selbsthilfe orientierten Ansatz stärker mitwirken können, muss das Ministerium für Städtebau und Wohnungswesen freilich von seinem bisherigen Alleinanspruch abrücken.		
18	Inzwischen wächst die FDV immer stärker in die Rolle eines Dienstleisters hinein.	Inzwischen ist die FDV mühelos in die Rolle eines Dienstleisters hineingewachsen.	
	Ihre wesentliche Aufgabe besteht darin, das angespannte Verhältnis zwischen Staat und Grundstücksbesetzern zu entschärfen.	Ihre Hauptaufgabe besteht darin, das angespannte Verhältnis zwischen Staat und Grundstücksbesetzern zu entschärfen.	
		Stiftung gleicht Interessen aus	
	In ihrem Rollenverständnis als neutrale Vermittlungsinstanz versucht die FDV,	Als neutrale Vermittlungsinstanz versucht die FDV,	11
	den Besitzanspruch des Staates mit dem Recht der Menschen auf Wohnraum in Einklang zu bringen.	den Besitzanspruch des Staates mit dem Recht der Menschen auf Wohnraum in Einklang zu bringen.	
19	Der Staat übertrug der Stiftung den Verkauf subventionierter Grundstückstitel an Bewohner,	Dabei übertrugen die Kommunen der Stiftung den Verkauf staatlich subventionierter Grundstückstitel an Bewohner,	
	die auf diese Weise ihren Status legalisieren können.	die damit ihren Status legalisieren können.	
	Da niemand den Gesamtbetrag sofort aufbringen könnte, ist eine auf fünf Jahre angelegte Ratenzahlung vorgesehen. Nicht der Staat, sondern die Stiftung zieht dieses Geld ein. Es fließt in einen Nationalen Fonds für Investitionen in neue Wohnraumvorhaben.	Da niemand den Gesamtbetrag sofort aufbringen kann, vereinbart die Stiftung, wann immer möglich, mehrjährige Ratenzahlungen.	
	Mit der Sanierung übernimmt die Stiftung eine Funktion,	Damit übernahm die Fondation eine Funktion,	12
	die nach dem 1996 verabschiedeten Gesetz zur Dezentralisierung der Verwaltung in die Zuständigkeit der Kommunen fallen muss.	die dem Gesetz nach seit 1997 den Kommunen zukommt.	
20	Dieser Herkulesaufgabe sind die Kommunen jedoch weder finanziell noch personell gewachsen und können jetzt den spezialisierten Dienstleister,	Diese waren jedoch weder finanziell noch personell in die Lage versetzt worden, erfolgreich Stadtplanung zu betreiben.	
	die Stiftung FDV, mit der Sanierung beauftragen.	Die Stiftung erhält die dafür vorgesehenen Geldmittel, die in den staatlichen Sanierungsfonds „Fonds de Restructuration et de Régularisation Foncière“ eingezahlt werden. So	

Abs	Akzente (4 / 2003)	Welternährung (12 / 2010)	Abs
		konnten erste Straßen entstehen, mehr und mehr Haushalte erhalten seither Zugang zu Trinkwasser, Strom und Müllabfuhr.	
	Inzwischen wollen immer mehr Besetzer ihr Verhältnis zum Staat normalisieren .	Bei vielen Besetzern lässt sich ein Umdenken beobachten, sie wollen ihr Verhältnis zum Staat normalisieren .	13
	Magatte Diaw , Haushaltsvorstand in Pikine, konnte nach einigen Jahren eisernen Sparens die ersehnte Wohnrechtsurkunde für ein Grundstück von 304 Quadratmetern Fläche entgegennehmen. Diaw hatte sich mit den Haushaltsvorständen seiner Nachbarschaft zu einer Interessensgemeinschaft zusammengeschlossen und ein gemeinsames Bankkonto eingerichtet.	Magatte Diaw beispielsweise konnte nach einigen Jahren eisernen Sparens die ersehnte Wohnrechtsurkunde für ein Grundstück von 304 Quadratmetern entgegennehmen.	
	Nachdem der einstige Besetzer damit begonnen hatte, den Kaufpreis abzustottern, behandelten ihn die Banken inzwischen wie einen kreditwürdigen Kunden.	Nachdem der einstige Besetzer damit begonnen hatte, den Kaufpreis abzuführen, behandelten ihn die Banken auf einmal als kreditwürdigen Kunden.	14
	Während der Rückzahlung war er von der Steuer befreit.	Während der Rückzahlung von der Steuer befreit,	
21	Der „Fall Diaw“ zeigt, dass sich Siedlungsbewohner mit Hilfe der Stiftung einen geregelten Status erwerben können.	konnte er einen erklecklichen Teil seiner Einkünfte in den Bau investieren. Mit sichtbarem Erfolg:	
	Sein Wohnhaus hat Magatte Diaw inzwischen offiziell um zwei Etagen aufgestockt.	Sein Wohnhaus ist inzwischen um zwei Etagen gewachsen.	
	Der Autor arbeitet für das Pressebüro Seegrund in Kreuzlingen in der Schweiz.		
	Legaler Wohnraum für Arme		
	Die Lage: Unkontrolliertes Städtewachstum stellt den Senegal vor große Probleme. Das Ziel: Städte beugen Spontansiedlungen vor und legalisieren und sanieren Wohnraum. Das Konzept: Die GTZ und die KfW fördern gemeinsam eine innovative Politik zur legalen Wohnraumbeschaffung. Die Partner: Die Stiftung Fondation Droit à la Ville, die Stadt Pikine und andere städtische Gemeinden, das Ministerium für Städtebau, der Sanierungsfonds FORREF und Selbsthilfegruppen. Die Kosten: Das BMZ unterstützt die Technische und Finanzielle Zusammenarbeit in Spontansiedlungen mit 3,6 Millionen Euro beziehungsweise 5,1 Millionen Euro.		